

Machtwechsel in Budapest: Warum Brüssel zu früh feiert

16 Apr. 2026 18:42 Uhr

Viktor Orbán verliert die Macht, und in der EU überwiegt die Erleichterung. Doch der Wahlsieger Péter Magyar steht zwar für einen proeuropäischen Ton, nicht aber für einen grundlegenden Kurswechsel. In zentralen Fragen zeichnet sich vielmehr Kontinuität ab – neue Spannungen sind damit absehbar.



Quelle: Gettyimages.ru © Janos Kummer

Der ungarische Wahlsieger Peter Magyar am 12. April.

Von Pierre Lévy

Am 12. April waren 7,5 Millionen Ungarn aufgerufen, ihre Abgeordneten neu zu wählen. 79,6 Prozent nahmen an der Wahl teil, was einem Anstieg um 10 Prozentpunkte gegenüber 2022 entspricht und einen Rekord seit Jahrzehnten darstellt.

Die Wähler haben dem scheidenden Ministerpräsidenten Viktor Orbán, der seit 2010 ununterbrochen regierte und auf eine fünfte Amtszeit hoffte, eine schwere Niederlage zugefügt. Seine Partei, die Fidesz (gehörte lange Zeit der klassischen Rechten im EU-Parlament, der EVP, an, bevor sie nun an der Seite der Freunde von Marine Le Pen sitzt), erhält 39,1 Prozent der Stimmen und verliert damit 15 Prozentpunkte im Vergleich zur Wahl vor vier Jahren.

Es ist der politische Neuling Péter Magyar, dem es gelungen ist, die Gegner und Enttäuschten des scheidenden Regierungschefs zu vereinen. Seine Partei Tisza (konservativ und bekennend EU-freundlich), die bei der Wahl 2022 nicht angetreten war, erhält 52,4 Prozent der Stimmen und erobert damit 136 der 199 Sitze im Parlament, was mehr als die für eine Verfassungsreform erforderliche Zweidrittelmehrheit ist.

Die Bewegung "Unsere Heimat" (MHM, offen rassistisch und eine Abspaltung der inzwischen verschwundenen rechtsextremen Partei Jobbik) wird mit 5,8 Prozent der Stimmen und sechs Sitzen die einzige andere Partei im Parlament sein. Alle als Mitte oder links eingestuftten Parteien kommen auf höchstens 1 Prozent oder weniger und zahlen damit den Preis für eine "taktische Stimmabgabe" all jener, die Orbán besiegen wollten.

Unmittelbar nach der Bekanntgabe seines Sieges versprach Herr Magyar, dass "Ungarn fortan ein starker Verbündeter innerhalb der EU und der NATO sein wird". Es dauerte nur 15 Minuten, bis die Präsidentin der Europäischen Kommission das Ergebnis lautstark begrüßte und dem Sieger gratulierte. Ursula von der Leyen folgten rasch freudige Mitteilungen aus den Kanzleien in Paris, Berlin, Warschau und vielen anderen Hauptstädten.

Die europäischen Mainstream-Medien ihrerseits feierten am Wahlabend triumphierend, sendeten zahlreiche Live-Berichte und jubelten über die Ankündigung eines Erfolgs, der sich schon seit Monaten abgezeichnet hatte. Noch nie waren Wahlen in einem Land mit 9,5 Millionen Einwohnern Gegenstand so vieler Berichte und eingesetzter Mittel gewesen.

Aus Brüsseler Sicht war nämlich das, was sich in Ungarn abspielte, von größter Bedeutung. Denn seit Jahren spielte Viktor Orbán die Rolle des schwarzen Schafs innerhalb der Europäischen Union. Dies zeigte sich besonders deutlich in der Haltung Budapests gegenüber der Ukraine. Die ungarische Regierung widersetzte sich der kontinuierlichen Verstärkung der europäischen Unterstützung für Kiew.

So blockierte Orbán beispielsweise das "Darlehen" (tatsächlich eine Zuwendung) in Höhe von 90 Milliarden Euro aus EU-Mitteln zur militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung der Ukraine. Ebenso lehnte er die Verabschiedung – die Einstimmigkeit erfordert – eines zwanzigsten Sanktionspakets gegen Russland ab. Und er blockierte sogar die Rückerstattung von Geldern aus Brüssel, die von einigen Hauptstädten für die Bewaffnung der Ukraine gezahlt worden waren.

Doch dies ist nur einer der Aspekte, die den EU-Spitzenpolitikern ein Dorn im Auge sind. Diese werfen der amtierenden Regierung seit Jahren vor, die "Rechtsstaatlichkeit" in Frage zu stellen, die Unabhängigkeit der Justiz ebenso wie die der Presse zu untergraben und durch die Kontrolle der Finanzierung von NGOs Druck auf die "Zivilgesellschaft" auszuüben.

Hinter diesen Vorwürfen verbergen sich in Wirklichkeit Beschwerden, die auf die ersten Maßnahmen zurückgehen, die Orbán ab 2010 ergriff, als dem Land nach der Finanzkrise von 2008 Sparprogramme von außen auferlegt worden waren. Orbán hatte zu dieser Zeit daraufhin beschlossen, private Pensionsfonds in öffentliches Eigentum zu überführen, bestimmte Banken zu verstaatlichen, Vermögenswerte multinationaler Konzerne zu übernehmen und sogar bestimmte staatliche Monopole zu schaffen.

Diese Maßnahmen hatten positive Auswirkungen. Sie führten jedoch auch zu weniger rühmlichen Tendenzen: das Auftauchen von Oligarchen mit Verbindungen zur Macht, Vetternwirtschaft, Günstlingswirtschaft...

In den letzten Jahren haben sich diese Phänomene verstärkt und gehören zu den Hauptgründen für die Niederlage am 12. April. Zumal die wirtschaftliche Leistung kaum noch zu erkennen war, mit einem schwachen Wachstum und einer Inflation, die einen großen Teil der Bevölkerung hart traf, die zudem über die verschlechterten öffentlichen Dienstleistungen besorgt war.

Diese Verschlechterung lässt sich zum Teil auch durch das Einfrieren der EU-Gelder erklären, mit denen Budapest gerechnet hatte (19 Milliarden Euro an Regional- und Post-Covid-Mitteln). Ein Einfrieren, das Brüssel mit der Begründung verhängt hatte, Ungarn verletze die Werte der EU und sei von Korruption durchsetzt. Dieses Einfrieren könnte aufgehoben werden, hofft Péter Magyar, um sein proeuropäisches Engagement zu belohnen.

Diese soziale Unzufriedenheit ist der Hauptgrund für die Niederlage der scheidenden Regierung und nicht etwa eine plötzliche Begeisterung für die europäische Integration. Eine Begeisterung, die nur in den wohlhabenden städtischen Schichten (insbesondere bei der Jugend) geteilt wird. Die Fidesz-treue Wählerschaft hat die Partei aus ganz anderen Gründen im Stich gelassen, insbesondere wegen des Gefühls der Ungerechtigkeit und der Abneigung gegenüber einer kleinen Minderheit, die sich scheinbar ohne jegliche Kontrolle bereicherte.

Zudem scheint die schnelle Errichtung von Fabriken für Elektroautos und Batterien (insbesondere mit chinesischem Kapital) Umweltbelange kaum berücksichtigt zu haben, zum Nachteil ländlicher Gebiete, die der Fidesz grundsätzlich sehr wohlgesonnen sind.

Bereits am Sonntagabend, noch bevor alle Stimmzettel ausgezählt waren, räumte Viktor Orbán seine Niederlage ein und gratulierte dem Sieger. Damit widerlegte er all jene, die ihm im Vorfeld vorgeworfen hatten, Strategien zu entwickeln, um sich mit Gewalt oder List an der Macht zu halten.

Er deutete jedoch an, dass er den politischen Kampf nicht aufgeben werde. Und was die europäischen Führer betrifft: Nachdem ihre Begeisterung des Wahlabends abgeklungen ist, zeichnet sich eine eher komplexe Zukunft ab. Auch wenn der künftige Regierungschef versprochen hat, den "illiberalen" Auswüchsen seines Vorgängers ein Ende zu setzen, deuten viele seiner politischen Leitlinien nicht auf einen Kurswechsel in allen Bereichen hin.

Denn bevor er mit der Fidesz brach, war Péter Magyar 14 Jahre lang ein hochrangiger Beamter im Umfeld dieser Partei gewesen. Er distanzierte sich 2024 im Namen der Korruptionsbekämpfung, behielt jedoch konservative Positionen in gesellschaftlichen Fragen (unter anderem die gleichgeschlechtliche Ehe) bei und bekräftigte seine Ablehnung der Einwanderung. Diese Ablehnung, die eigentlich sehr nahe an einem der symbolträchtigen Kämpfe von Viktor Orbán liegt, aber nicht im Sinne Brüssels ist, hat zu seinem Sieg beigetragen.

Ebenso ist seine Haltung gegenüber der Ukraine weit entfernt vom Engagement der europäischen Führer zugunsten Kiews. Es ist zwar wahrscheinlich, dass er die ungarischen Vetos gegen die von seinem Vorgänger blockierten Finanzmittel in Höhe von 90 Milliarden sowie gegen das anstehende Sanktionspaket gegen Russland aufheben wird – auch wenn er diesbezüglich eine gewisse Unklarheit gelassen hat.

Er lehnt es aber ab, dass das Land diesen Geldtransfer mitfinanziert, und bekräftigte, dass Budapest keine Waffen nach Kiew liefern werde. Während des Wahlkampfs hatte er es vermieden, den Versprechungen von Viktor Orbán zu widersprechen. Dieser versicherte, dass Ungarn sich weiter für den Frieden einsetzen werde, anstatt den Krieg finanziell anzuheizen.

Dies war im Übrigen das wichtigste politische Argument von Herrn Orbán: Wählt mich, um zu verhindern, dass Brüssel und mein Gegner Ungarn in den Krieg stürzen. Das Land ist mehrheitlich pazifistisch und hegt historisch gesehen keine große Sympathie für die Ukraine. Eine Tatsache, die Herr Magyar für die Zukunft berücksichtigen muss.

Der geopolitische Kurswechsel in Budapest könnte daher gemäßiger ausfallen, als Brüssel hofft. Zumal der scheidende Regierungschef seinerseits weit weniger radikal war, als das Bild, das ihm oft zugeschrieben wurde. Zwar distanzierte er sich im Europäischen Rat häufig verbal, doch schloss er sich am Ende oft der Mehrheitslinie an, gegebenenfalls indem er kleine Zugeständnisse erlangte.

So hatte er sich beispielsweise letztlich nicht gegen die 19 aufeinanderfolgenden Sanktionspakete gegen Moskau gestellt. Ebenso hatte er schließlich die Grundsatzentscheidung über einen künftigen (im Übrigen unwahrscheinlichen) Beitritt der Ukraine zur EU durchgehen lassen. Sein Nachfolger hat seinerseits ein Referendum über diese Perspektive versprochen – dessen negatives Ergebnis sicher wäre.

Die weiteren Ereignisse werden umso komplexer sein, als sich auch andere Regierungschefs oft zurückhaltend gegenüber der Mehrheitslinie im Europäischen Rat gezeigt haben. So sind der slowakische und der tschechische Ministerpräsident, auch wenn sie im Allgemeinen zurückhaltender sind als der ungarische, manchmal Dissidenten. Der Erstgenannte hatte 2025 sogar – eine unverzeihliche Sünde – zugestimmt, anlässlich des Siegesfeiertags am 9. Mai nach Moskau zu reisen.

Orbán, dem eine Nähe zu Russland – und zu China – vorgeworfen wurde, hatte seinerseits auch den Zorn der EU auf sich gezogen, als er die ausdrückliche Unterstützung Washingtons erhielt. Der Besuch des US-Vizepräsidenten in Budapest wenige Tage vor der Wahl war von europäischen Führern als Einmischung in den Wahlkampf verurteilt worden.

Was nicht falsch war. Doch dieselben scheinen ein kurzes Gedächtnis zu haben: Kurz vor den Wahlen in Moldawien im September 2025 waren der französische Präsident, der deutsche Bundeskanzler und der polnische Ministerpräsident persönlich nach Chişinău (der moldawischen Hauptstadt) gereist, um sich für das Lager der EU-freundlichen Präsidentin Maia Sandu einzusetzen.

Aber damals war es "für die gute Sache". Wie dem auch sei, die klarsichtigsten europäischen Politiker sind sich dessen bewusst: Abgesehen von der Erleichterung eines Abends werden die Spannungen mit Budapest nicht auf wundersame Weise verschwinden.

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln